

**SHARING DIVERSITY:
Kulturelle Vielfalt gemeinsam leben**
Nationale Konzepte zum "Interkulturellen Dialog" in Europa

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

der Studie "Sharing Diversity" des Europäischen Instituts für
vergleichende Kulturforschung (ERICarts) für die EU-Kommission

März 2008

Diese Studie wurde realisiert für die Europäische Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur. Positionen und Analysen der Studie sind solche der Autoren/innen, repräsentieren also nicht notwendigerweise die der Kommission oder der EU Mitgliedstaaten. Die Forschungsarbeit, auf der die hier zusammengefassten Ergebnisse beruhen, wurde 2007 durchgeführt, letzte redaktionelle Änderungen erfolgten im Frühjahr 2008.

Kernteam des ERICarts-Instituts (Bonn und Helsinki):

Andreas Wiesand (Leiter des Teams);
Ilkka Heiskanen and Ritva Mitchell (Wissenschaftliche Mitarbeiter);
Danielle Cliche (Forschungskoordination);
Marion Fischer, Leena Marsio

Fachliche Experten/innen:

Jude Bloomfield; Simona Bodo; Vesna Copic; Vjeran Katunaric; Naseem Khan; Mogens Kirkeby;
Judith Neisse; Elka Tschernokoshewa; Michael Wimmer.

Sonderberater:

Robert Palmer (Europarat) und Traugott Schoefthaler (Anna Lindh Euro-Mediterranean Foundation for the Dialogue between Cultures).

Nationale Korrespondenten:

Netzwerk von Fachleuten in den 27 EU Mitgliedstaaten, 3 Kandidatenländern und 4 EEA/EFTA Staaten.

Technisches Personal und Administration, Übersetzung:

Fiona Gallagher, Charlotte Gemende, Olivier Goebel, Johannes Euler
Joerg Torkler (Internet-Präsenz www.interculturaldialogue.eu)

ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

The more we share, the more we have!

Mohamed Mounir, Sänger, Autor and Darsteller aus Ägypten, 2007

1. INTERKULTURELLER DIALOG ALS NEUE POLITISCHE GESTALTUNGSAUFGABE

Begriffe wie Interkultureller Dialog (IKD), kulturelle Vielfalt oder soziale Kohäsion sind seit einiger Zeit vorne auf politischen Agenden in Europa zu finden. Unter den Gründen dafür sind zunächst die Migrationsschübe der letzten Jahrzehnte besonders relevant, die den Bevölkerungszuschnitt einiger Länder deutlich "bunter" werden ließen, außerdem: die EU-Erweiterung; die Globalisierung; geopolitische Trends; neue Kommunikationsmedien und, damit einhergehend, eine Erweiterung der Medieninhalte; Kontroversen und Debatten über unsere Wertesysteme etc. Fälle von Diskriminierung, Rassismus und Populismus häufen sich und die Ergebnisse der *Eurobarometer-Umfrage "Diskriminierung in der EU"* vom Januar 2007 zeigen, dass "sichtbare" Unterschiede und Verhaltensweisen bestimmter Gruppen von Menschen eine zentrale Rolle in diskriminierendem Denken spielen, das damit sowohl Barriere wie auch Anstoß für Bemühungen um Interkulturellen Dialog sein kann. Andererseits lässt eine weitere Eurobarometer-Blitzumfrage speziell zum Thema *Interkultureller Dialog* vom November 2007 erwarten, dass offenbar eine Mehrheit der EU-Bürger Vielfalt und Interkulturellen Dialog als Bereicherung des kulturellen Lebens ihrer Länder ansieht.

IKD und seine Förderung wurden in der neuen Strategie der EU-Kommission: "Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung" (2007) als ein Instrument benannt, das zu einem verständigen Umgang mit kultureller Vielfalt innerhalb unserer Gesellschaften beitragen kann, und dies sowohl grenzüberschreitend zwischen europäischen Ländern wie international in den Beziehungen zu anderen Weltregionen. Dieser Punkt der Agenda wird zum Beispiel auch durch die neuen EU-Programme für Kultur und für das Europa der Bürger (2007-2013) und durch das Jahr des Interkulturellen Dialogs (EYID 2008) unterstützt. Zwischenstaatliche Institutionen wie der Europarat, die OECD und die UNESCO sowie verschiedene Nichtregierungsorganisationen (NRO) und zivilgesellschaftliche Initiativen zählen IKD ebenfalls zu ihren Prioritäten.

2. AUFGABE UND REALISIERUNG DER STUDIE

Damit wird es zunehmend wichtiger, mehr darüber zu erfahren, wie vor allem nationale Regierungen in Europa mit dem Thema IKD umgehen, sei es im Rahmen integrierter politischer Konzepte oder in sektorspezifischen Politikfeldern. Deshalb sollte die Studie nationale Interpretationen und politische Strategien oder Maßnahmen zum IKD ermitteln, darunter solche in den Arbeitsfeldern:

- **Bildung**, die Grundlagen für ein tieferes Verständnis von kultureller Vielfalt schaffen hilft;
- **Jugend** und **Sport**, durch die praktische Erfahrungen mit IKD erleichtert werden können;
- **Kultur**, in der z.B. unterschiedliche Wertsysteme miteinander verknüpft und gängige ästhetische Maßstäbe hinterfragt werden können.

Von Januar bis Dezember 2007 arbeitete ein *Kernteam des ERICarts-Instituts* mit 10 Fachleuten, zwei Sonderberatern und 34 nationalen Korrespondenten/innen in einem europaweiten Forschungsnetz zusammen, um Fragen wie die folgenden zu klären: Welche Impulse für oder Konzepte von IKD gibt es? Welche Akteure oder Institutionen spielen bei seiner Förderung eine Rolle? Vor welchen Herausforderungen stehen dabei verschiedene Sparten oder Sektoren? Kann man bereits von rechtlichen oder politischen Rahmenbedingungen für IKD sprechen? Wenn ja, nach welchen wichtigen Zielen oder Prinzipien wird eine Politik des interkulturellen Dialogs entwickelt? Gibt es Kriterien für die Überprüfung von Programmen, Maßnahmen und Projekten?

Wegen des begrenzten Zeitrahmens für die Realisierung der Studie waren keine umfassenden neuen Erhebungen vorgesehen; vielmehr analysierte das Projektteam Informationen und Daten mit IKD-Bezug, die überwiegend aus vorhandenen europäischen / nationalen Quellen gewonnen wurden. Dabei stand für das Team die Situation innerhalb der untersuchten Länder im Mittelpunkt des Interesses, zum Teil verdeutlicht am Beispiel einzelner Sparten/Institutionen.

3. RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND NATIONALE KONZEPTE ZUM INTERKULTURELLEN DIALOG

"Interkultureller Dialog" ist keine besondere Rechtskategorie, die national oder völkerrechtlich geregelt wäre. Dennoch wird häufig betont, dass er sich nur dort entwickeln kann, wo Menschen Sicherheit, Würde, Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe garantiert wird, wo unterschiedliche Meinungen offen, ohne Angst geäußert werden können und wo es gemeinsame, reale oder virtuelle, Orte ("shared spaces") gibt, an denen sich Austauschprozesse zwischen verschiedenen Kulturen vollziehen können. Mit Blick darauf, können in der Tat verschiedene internationale und europäische Konventionen, EU-Direktiven oder nationale Rechtsstandards genannt werden, durch die **grundlegende Menschen- und Bürgerrechte, wirtschaftliche Freiheiten und soziale Ansprüche** definiert werden, die als Rahmenbedingungen für den interkulturellen Dialog wichtig sind. Soweit es **kulturelle Rechte** betrifft, sind bestimmte gesetzliche Vorschriften wichtig, die kulturelle Differenz etwa durch spezielle Gruppenrechte für ethnische oder sprachliche Minderheiten anerkennen und beispielsweise den Gebrauch regionaler oder Minderheitssprachen im Bildungswesen und in den Medien unterstützen.

Verschiedene Artikel der EU-Grundrechtscharta (2000) sind für den interkulturellen Dialog von besonderer Bedeutung, darunter solche zu Fragen von Gleichheit (z.B. Verbot der Diskriminierung, Achtung der kulturellen, religiösen und sprachlichen Vielfalt); Freiheit (z.B. Meinungs-, Ausdrucks-, Gewissens- und Religionsfreiheit); und Bürgerrechten (z.B. Freizügigkeit und Aufenthaltsgleichheit, Wahlrecht). Parallel dazu gelten 2 EU-Richtlinien zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft und zu deren Verwirklichung in Beschäftigung und Beruf (beide 2000). Diese Grundsätze und Rechte wurden in der Sozialagenda (2005) und der Kulturagenda (2007) der Kommission sowie im neuen EU-Vertrag vom Dezember 2007 nochmals bekräftigt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es bei der Übertragung solcher Grundsätze in **nationale Gesetzgebung und politische Programme** für traditionelle Minderheiten, den Umgang mit Flüchtlingen oder die Integration von Arbeitsimmigranten deutliche Unterschiede gibt, selbst wenn universelle Prinzipien wie die Achtung von Menschenrechten oder die Rechtsstaatlichkeit in allen untersuchten Ländern verbindliche Maßstäbe setzen. Dies gilt speziell für staatliche und kommunale Aktivitäten zur Förderung von ICD, wo zwei wichtige Interpretationslinien – Kohäsion oder kulturelle Vielfalt – unterschieden werden können (die derzeit beide nicht unumstritten sind):

In zahlreichen EU-Mitgliedstaaten gewinnt das **Konzept der "sozialen Kohäsion"** (wieder) an Bedeutung. Es zielt auf eine stärker harmonisierte Gesellschaft mit mehr innerer Sicherheit und politischer Stabilität, auf Wirtschaftswachstum, die Förderung nationaler Werte und Identitätsvorstellungen, den allgemeinen Gebrauch der nationalen Hauptsprache und – auch dadurch – auf bessere Chancen für alle im beruflich-gesellschaftlichen Leben, unabhängig von ihrer Herkunft. Strengere Bedingungen für die Einwanderung oder den Erwerb der Staatsbürgerschaft waren in den letzten Jahren vielfach die Folge, andererseits wurden teilweise parallel Programme und Veranstaltungen zum interkulturellen Dialog mit dem Ziel unterstützt, die sozio-kulturelle Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern. Diesem Konzept folgen vor allem Länder,

- die schon länger, oft aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit, eine ethnisch stärker differenzierte Bevölkerung haben, darunter z.B. *Belgien, Frankreich* oder die *Niederlande*;
- die erst in den letzten Jahrzehnten viele Migranten von inner- und außerhalb der EU angezogen haben, wie z.B. *Dänemark, Deutschland, Griechenland, Österreich* oder *Spanien*;
- die einmal Teil der Sowjetunion oder Jugoslawiens waren und noch Bevölkerungsgruppen aus anderen Teilen dieser Staaten mit z.T. unklarem rechtlichem Status aufweisen (z.B. Staatenlose in einigen *baltischen Ländern* oder so genannte "erased people" in *Slowenien*).

Soweit es *Flüchtlinge und Asylsuchende* betrifft, deren Zahl vor allem im Mittelmeerraum deutlich zugenommen hat, ähnlich aber auch *soziale Randgruppen* in den Metropolen oder bestimmte gesellschaftliche *Minderheiten* – hier vor allem die *Roma in Mittel-, Ost- und Südeuropa* – haben sozio-ökonomische Entwicklungsstrategien meist Priorität vor Dialog-Aktivitäten i.e.S. In

der Tat wird auch von Fachleuten und Betroffenen häufig betont, dass IKD nicht als Ersatz für Konzepte und Maßnahmen gesehen werden sollte, die den sozialen Grundbedarf abdecken müssen, zum Beispiel für Unterkunft, Beschäftigung, Ausbildung oder Gesundheitsfürsorge.

Die **Anerkennung einer Koexistenz unterschiedlicher Minderheitskulturen und Identitäten** innerhalb eines Territoriums – ob nun in einem Land, regional oder kommunal – steht im Mittelpunkt eines anderen Typs nationaler Strategien. Minderheiten werden spezifische Rechte zugestanden, teilweise begleitet von positiven Fördermaßnahmen in den Feldern der Kultur, der Bildung und der Medien. Diese Philosophie überwog bisher in den meisten *nordischen Ländern* und im *Vereinigten Königreich*, doch scheint sie auch in *Belgien (FL)*, *Litauen*, *Irland*, *Mazedonien (FYROM)* und *Slowenien* an Boden zu gewinnen. So wurde zum Beispiel in Slowenien 2007 ein Gesetz verabschiedet, das besondere Rechte für die Gemeinschaft der Roma definiert.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es durchaus Versuche einer *Verknüpfung dieser unterschiedlichen Sichtweisen* gibt, also vor allem der Bemühungen um mehr gesellschaftliche Kohäsion bzw. um kulturelle Vielfalt. So wurde zum Beispiel 2005 in *Großbritannien* unter dem Titel "Improving Opportunity, Strengthening Society" ein politisches Konzept zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gegen ethnische Diskriminierung vorgelegt; ähnliche Akzente setzt der "Nationale Integrationsplan" in *Deutschland* (2007). In *Estland* zielt der neue Integrationsplan für die Jahre 2008-2013 sowohl auf eine soziale Harmonisierung der Gesellschaft, basierend auf "einem starken, verbindlichen nationalen Kern" (estnische Staatsbürgerschaft, Beherrschung der estnischen Sprache etc.), sieht aber auch die Möglichkeit zur Beibehaltung ethnischer Unterschiede vor, gefördert durch Bildungsangebote für die Kultur und Sprache von Minderheiten.

Länder wie *Belgien*, *Portugal*, *Spanien* oder *Schweden* gehen einen Schritt weiter und versuchen, dem interkulturellen Dialog eine *Schlüsselrolle in ihrer Integrationspolitik* zuzuweisen. So wurde zum Beispiel in *Spanien* eine neue Strategie zu Fragen der Staatsbürgerschaft und Integration verabschiedet (2007-2010), die einerseits soziale Kohäsion fördern will, dabei Gleichberechtigung, Verantwortung und Entwicklungschancen für alle vorsieht, gleichzeitig aber Respekt für Vielfalt und Interkulturalität einfordert. In *Belgien* zielt die Regierung der französischen Gemeinschaft mit einem "Aktionsprogramm zur Förderung von Gleichstellung, Interkulturalität und Sozialer Teilhabe" (2005) auf ein breites Spektrum von Maßnahmen, die alle Ministerien einschließen und u.a. Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt fördern, den Zugang von Minderheiten zu Arbeitsmöglichkeiten in öffentlichen Einrichtungen verbessern, und gegen Rassismus vorgehen sollen.

Jenseits rechtlicher und politischer Dimensionen dieser Thematik können wir feststellen, dass es bereits heute bestimmte Berufsgruppen und viele junge Leute gibt, die als "Prototypen" für *eine neue, mobile und stärker interkulturell orientierte Generation von Europäern* angesehen werden können. Darunter sind z.B. Austauschstudenten, viele Berufstätige aus Kunst, Literatur und Medien sowie qualifizierte Fachkräfte in Wirtschaft, Forschung, Technik, Sport und Unterhaltung aus allen Teilen der Welt. Auch wenn viele unter ihnen heute in englischer Sprache kommunizieren, wird ihre berufliche Zukunft doch durch sprachliche und interkulturelle Kompetenzen positiv beeinflusst. Damit können sie, wie die slowenische Ratspräsidentschaft im Januar 2008 bei der Eröffnungsveranstaltung für das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs hervorhob, IKD mit den Zielen der EU-Agenda von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung verknüpfen helfen.

Solche Entwicklungen könnten so verstanden werden, dass sie Wege zum interkulturellen Dialog und, im Sinne des Konzepts "Einheit in Vielfalt", zugleich für das "Europa der Bürger" eröffnen. Allerdings haben einige EU-Mitgliedstaaten genau dieses Konzept eher als Aufforderung interpretiert, im erweiterten, kulturell vielfältigen und auf Dialog angewiesenen europäischen Raum vor allem ihre nationale Identität zu kultivieren. Entsprechend beschränkt sich die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit**, ähnlich wie nationale Integrationsbemühungen, nicht selten auf eine Förderung der eigenen Kultur oder auf die Pflege von Verbindungen zu Diasporagemeinschaften.

Bisher haben sich die Auswärtigen Kulturbeziehungen häufig auf bestimmte Einfluss- oder Sprachgebiete konzentriert; mit der Einführung von IKD als neuer politischer Priorität kann

sich dieses Feld aber erweitern. Zum Beispiel setzt sich *Spanien*, zusätzlich zu seinem traditionellen Fokus auf den Beziehungen zu Lateinamerika, gemeinsam mit der *Türkei* besonders für die neue "Alliance of Civilisations" ein, einer Initiative zur Förderung des Dialogs zwischen Orient und Okzident. *Deutsche* Mittlereinrichtungen wie das Goethe-Institut oder das Institut für Auslandsbeziehungen bemühen sich mit verschiedenen Programmen (z.B. "interkulturellen Praktika" für Journalisten) um den Dialog mit islamisch geprägten Ländern. Im Rahmen der durch *Frankreich* geförderten Gemeinschaft frankophoner Länder wird neben sprachbezogenen Aktivitäten auch der interreligiöse Dialog entwickelt.

Die Studie belegt, dass die bisher auch in der Kulturdiplomatie übliche Pflege offizieller bilateraler Beziehungen allmählich durch stärker am Dialog orientierte Bemühungen um eine übernationale Zusammenarbeit abgelöst wird. Zu den Schwerpunkten der Regierungsaktivität gehört es zunehmend, interkulturelle Austausch- und Kooperationsprojekte zu fördern und damit die erforderlichen Grundlagen und Erfahrungsräume für Dialogaktivitäten sowohl unter den EU-Mitgliedstaaten wie auch mit anderen Weltregionen schaffen, z.B. im Rahmen entwicklungspolitischer Programme. Trotz dieses neuen Schwerpunkts gibt es aber, so die Studie, nach wie vor erhebliche Barrieren, die einer dialogorientierten, übernationalen kulturellen Zusammenarbeit im Wege stehen. So sollten Mobilitätshindernisse innerhalb der Europäischen Union abgebaut werden (z.B. bei den Systemen der sozialen Sicherung und Besteuerung) und auch in den Beziehungen zu Ländern außerhalb der EU gibt es viel Reformbedarf, wenn man zum Beispiel an die Probleme von Künstlern mit Arbeitserlaubnissen und Visakosten denkt.

Berücksichtigt man die unterschiedlichen Ausgangslagen für "Interkulturellen Dialog" in Europa, z.T. auch historische Konflikte zwischen Staaten, wäre es unrealistisch, einen gemeinsamen Nenner für alle nationalen Interpretationen des IKD-Konzepts und seine Umsetzung zu erwarten.

4. WER TRÄGT VERANTWORTUNG IM INTERKULTURELLEN DIALOG?

IKD ist Teil eines neuen, komplexen Steuerungssystems mit einer ganzen Reihe von Protagonisten: Neben Organisationen auf der *internationalen/europäischen Ebene*, z.B. im Rahmen einzelner EU-Nachbarschaftsprogramme, sind vor allem öffentliche Einrichtungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Akteure der Zivilgesellschaft beteiligt.

Auf der **nationalstaatlichen Ebene** sind verschiedene öffentliche Stellen tätig, zum Beispiel:

- *Ministerien oder Behörden mit Zuständigkeit für traditionelle Minderheiten und für die Integration von neuen Einwanderergruppen.* Je nach Land sind dies: bei den Staats- oder Regierungschefs angesiedelte Spezialabteilungen (z.B. Bulgarien, Deutschland, Ungarn); Innenministerien (z.B. Finnland, Griechenland, Italien, Polen, UK); Ministerien für Arbeit und Soziales (z.B. Italien, Tschechien); Einwanderungs- und Integrationsministerien (z.B. Dänemark, Frankreich, die Niederlande); Justizministerien (z.B. Irland, Island). In Portugal wurde ein Hohes Kommissariat für Einwanderung und Interkulturellen Dialog (ACIDI) eingerichtet;
- *Ministerien mit Zuständigkeit für bestimmte Aufgabenbereiche* wie etwa Bildung, Jugend, Kultur und Sport. Obwohl ihnen ansonsten nirgends die nationale Koordinations- oder Führungsrolle für IKD-relevante Aktivitäten im Rahmen einer klaren strategischen Arbeitsteilung zufällt, koordinieren die Kulturministerien in mehreren Ländern – etwa in *Bulgarien, Kroatien, Griechenland, Italien, Litauen, Luxemburg, der Slowakei, Slowenien, Spanien* und *Schweden* – die Aktivitäten und Veranstaltungen im *Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs 2008 (EYID)*.
- *Ministerien für auswärtige Angelegenheiten*, die in 24 der untersuchten Länder für den grenzüberschreitenden IKD und allgemein für die kulturelle Zusammenarbeit mit Ländern innerhalb Europas und weltweit zuständig sind, und zwar entweder direkt oder durch in ihrem Auftrag oder durch ihre Förderung agierende staatliche Kulturinstitute;
- *Halbstaatliche Einrichtungen* (sog. "Quangos"), wie zum Beispiel Vertretungen nationaler Minderheiten, Menschenrechtskomitees, nationale Büros zur Rassismusbekämpfung, Jugend- oder Bildungseinrichtungen usw., die meist mit den relevanten staatlichen Ministerien zusammenarbeiten. In Ländern wie *Dänemark, Ungarn, Lettland, den Niederlanden, Polen, Portugal, Rumänien* und *Großbritannien* sind sie auch Koordinierungsstellen für das *EYID*.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es bisher nur wenige Beispiele für *integrierte Strategien zur Förderung oder Koordination von IKD* gibt. Hierfür wäre die Einrichtung interministerieller Komitees oder Arbeitsgruppen erforderlich, die sich in Absprache mit anderen staatlichen Ebenen und möglichst auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) mit dem Thema befassen und bei spezifischen Projekten kooperieren; dies würde eine Koordinierung aller relevanten Abteilungen erfordern, darunter diejenigen für ethnische Minderheiten, Einwanderung und Integration, Kultur, Ausbildung, Sport, Jugend, Arbeit und Soziales. In einzelnen der 34 untersuchten Länder gibt es aber solche **nationalen Kooperationsorgane oder -pläne** bereits:

- *Belgien*: Die Regierung der Communauté Française hat einen Strategieplan verabschiedet, der bei der Koordinierung politischer Querschnittsaufgaben wie IKD eine Zusammenarbeit der Verantwortlichen in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport, Jugendfürsorge, Soziales und Gesundheit vorsieht. Das nationale Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung (CEOOR) ist hier ebenfalls beteiligt; ·
- *Bulgarien*: Ein Nationaler Kooperationsrat für ethnische und demografische Angelegenheiten (NCCEDI) soll Regierungsstellen und NRO mit dem Ziel koordinieren, eine nationale Strategie zu ethnischen, demographischen und Migrationsfragen zu entwickeln und umzusetzen; ·
- *Deutschland*: Verschiedene thematische Arbeitsgruppen leisteten Beiträge zum Nationalen Integrationsplan, darunter war eine für Kultur und Integration, koordiniert vom Beauftragten für Kultur- und Medien im Bundeskanzleramt, unter Beteiligung der verschiedenen politischen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen; ·
- *Polen*: Gemeinsam mit Vertretern anderer Ministerien hat die Abteilung Religionen und Nationale Minderheiten des Innenministeriums ein Beratungsgremium beim Premierminister geschaffen, das sich mit Minderheiten und speziell den Roma befasst.

Speziell für das *EYID 2008* wurden vielfach gemischte Arbeitsgruppen oder Gremien zur Koordinierung von Beiträgen der Regierung und der Zivilgesellschaft gebildet; in *Österreich* ist für dieses Gremium das Ministerium für Unterricht, Kunst und Kultur zuständig, während in *Irland* das schon existierende National Consultative Committee on Racism and Interculturalism damit betraut wurde.

Regionale und lokale Entscheidungsträger spielen eine sehr wichtige Rolle sowohl bei der Umsetzung von Programmen mit IKD-Bezug, als auch bei der Entwicklung interkultureller Politikkonzepte. Einige Beispiele: In *Österreich* hat die *Stadt Wien* eine spezielle Strategie zur kulturellen Vielfalt entwickelt und unterstützt über das Referat für Interkulturelle und Internationale Aktivitäten z.B. Veranstaltungen von und für Migranten/innen sowie das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen; in der *Stadt Salzburg* sind die Förderung kultureller Vielfalt und interkultureller Projekte in das allgemeine Kulturleitbild integriert. In *Deutschland* experimentiert z.B. die *Landesregierung von Nordrhein-Westfalen* seit einigen Jahren mit künstlerischen Projekten zum Thema "InterKultur"; mit dem Ziel einer "interkulturellen Öffnung" auch der öffentlichen Verwaltung wurde 2007 ein Trainingsprogramm für Interkulturelles Management entwickelt. In *Italien* übernahmen regionale und lokale Entscheidungsträger eine Vorreiterrolle für interkulturelle Neuerungen in der Kulturpolitik und bei Veranstaltungen, zum Beispiel mit dem Porto Franco Projekt in der *Toskana*, dem Programm "Un patrimonio di tutti" in *Turin* oder dem Projekt "Culture e integrazione" in der *Region Mailand*. Letzteres bemüht sich um öffentliche Räume, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur Beteiligung und Interaktion einladen.

Wie aktuelle Beispiele etwa aus *Nordengland* oder in den *Pariser Vororten* zeigen, besteht in vielen europäischen Städten zunächst Handlungsbedarf bei der Lösung sozioökonomischer Probleme, womit dann auch Bedingungen für interkulturellen Dialog geschaffen würden. Schwierigkeiten, denen sich traditionelle Minderheiten wie die meist am Rande der Großstädte lebenden Roma und Sinti ausgesetzt sehen, sind eine wichtige Aufgabe für die Regional- oder Kommunalpolitik.

In den letzten Jahren haben sich regionale und lokale Behörden verstärkt auch für grenzüberschreitende Kooperationen eingesetzt. Dies hat zum Entstehen von *Euregios* geführt, die Bürger, ihre Gemeinden und Institutionen sowie NRO über Grenzen hinweg verbinden. Ein europä-

isches Beispiel für zukunftsorientierten Städteinitiativen ist die *Agenda 21*, in der sich lokale Entscheidungsträger dafür einsetzen, kulturelle Vielfalt und Menschenrechte zum festen Bestandteil lokaler Stadtentwicklung zu machen. Dialog, Toleranz und Interkulturalität sollen zu grundlegenden Prinzipien der zwischenmenschlichen Beziehungen werden.

Initiativen aus der **Zivilgesellschaft** sind oft die treibenden Kräfte bei der Stärkung des interkulturellen Dialogs. Ob durch Nachbarschaftsgruppen, Vertretungen von Minderheiten- oder Migrantengruppen, kirchliche oder gemeinnützige Einrichtungen, Kunst-, Kultur-, Jugend- und Sportvereinigungen oder auch durch internationale Netzwerke, die Fachleute verschiedenster Bereiche miteinander verbinden: sie alle engagieren sich für IKD-Belange und taten dies bereits lange bevor offizielle politische Stellen in Europa überhaupt auf das Thema aufmerksam wurden.

Dort wo formale IKD-Strukturen, Strategien oder Programme noch wenig entwickelt sind, fällt *örtlichen/regionalen NROs und nationalen Berufs- oder Fachverbänden* eine besondere Schlüsselrolle zu. Sie bieten wichtige Dienstleistungen an und sind mit ihren Archiven, Workshops und Seminaren zentrale Orte für Training und Bildung. Ihr Aktionsspektrum ist außerordentlich breit, umfasst z.B. den Schutz von Minderheitenrechten, die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Bemühungen um gesetzliche Reformen, die Durchführung von IKD-Veranstaltungen, vertrauensbildende Maßnahmen, Presse- und Medienarbeit zu IKD-verbundenen Themen etc. Viele der zivilgesellschaftlichen IKD-Aktivitäten geschehen inzwischen im Rahmen von Kooperationen mit kommunalen Einrichtungen und erfahren Unterstützung durch staatliche oder europäische Programme.

Internationale Nichtregierungsorganisationen leisten einen Beitrag zur Schaffung neuer Dialogräume innerhalb der EU und mit anderen Weltregionen. Je nach Zielsetzung und Ausrichtung kooperieren sie mit internationalen Organisationen wie z.B. *Amnesty International* oder *Human Rights Watch* und mit *UN*-Einrichtungen. Ihre Arbeit kann aktivierend sein oder eine "Monitoring"-Rolle beinhalten, manche sind kritische Begleiter politischer Prozesse, betätigen sich als Anwälte oder Lobbyisten für Bürgerrechte, ziehen gegen Diskriminierungen jeglicher Art zu Felde usw. Spartenspezifische Netzwerke agieren u.a. als Mittler in der professionellen Zusammenarbeit, als Plattformen für den Informationsaustausch oder als Anreger für grenzüberschreitende künstlerische Projekte, schaffen dafür offene Treffpunkte für Konfrontation und Dialog.

Einige *private Stiftungen*, die sich für die Stärkung internationaler Zusammenarbeit einsetzen, haben die Förderung des interkulturellen Dialogs zu einem ihrer Stiftungsziele gemacht. Für die Umsetzung kooperieren sie mit anderen NROs, Netzwerken und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft; oft spielen sie eine wichtige Rolle beim Start neuer, auf grenzüberschreitenden Dialog und Gedankenaustausch ausgerichteter Initiativen und öffentlich-privater Partnerschaften. Ein Beispiel aus dem Kultursektor ist die Initiative der *Europäischen Kulturstiftung* und des *European Forum for the Arts and Heritage* für eine zivilgesellschaftliche Plattform zum IKD. Aufgrund ihrer speziellen Struktur können Stiftungen in Europa Aktivitäten unterstützen, die über traditionelle Förderkriterien oder politischen Vorstellungen staatlicher Behörden hinausreichen.

5. ANSATZPUNKTE IN DEN FELDERN BILDUNG, KULTUR, SPORT UND JUGEND

Zu den Hauptzielen der Studie gehörte es, die nationalen IKD-Ansätze in größeren Zusammenhängen zu sehen und Rückwirkungen auf verschiedene politische Arbeitsfelder zu überprüfen.

A. Bildung: Basis für ein respektvolles Verstehen von kultureller Vielfalt

Nationale IKD-Ansätze im Bildungssektor haben europaweit einen Schwerpunkt in der politischen Bildung (civic education); in einigen Ländern schießt dies Aktivitäten zur interkulturellen Bildung ein. IKD sind auch an einigen Hochschulen ein Thema, z.B. im Rahmen von Lehr- und Forschungsschwerpunkten oder internationaler Partnerschaften. Die *Entwicklung interkultureller Kompetenzen und Qualifikationen als Teil einer übergreifenden politischen Vision oder nationaler Strategien lebenslangen Lernens* – vom Kindergarten, über den Unterricht in Grund- und weiterführenden Schulen bis in die Ebenen der beruflichen Qualifizierung und der Erwachsenenbildung – bleibt bisher allerdings noch eine Zukunftsaufgabe.

Bildungsarbeit für politische Mündigkeit bedeutet, Individuen durch ein besseres Verständnis von Demokratie, Staatsbürgerschaft und Bürgerrechten zu uneingeschränkter Teilhabe am öffentlichen Leben zu befähigen. Die Ergebnisse der EU-Konferenz "European Citizenship Education" vom April 2007 zeigen allerdings, dass es in Europa und oft auch innerstaatlich kein einheitliches Konzept zur politischen Bildung gibt. Unter dem IKD-Aspekt sind die Inhalte von Unterrichtsmaterialien für Sozialkunde und Geschichte von besonderer Bedeutung. Selten finden sich zum Beispiel nationale Strategien, die einen facettenreichen Blick auf die Geschichte vermitteln würden. Oft wird nur reagiert, etwa – wie kürzlich in *Dänemark* und *Ungarn* – durch Entfernen diskriminierender Inhalte aus Schulbüchern.

Einige Länder – wie z.B. *Finnland* (im Programm "Global Education" von 2007) oder *Italien* (Regierungskonzept zu "Intercultural Dialogue and Democratic Coexistence") – haben **interkulturelle Bildung** explizit zum politischen Ziel gemacht. Länder wie *Österreich*, *Finnland*, *Irland*, *Italien*, *die Niederlande*, *Slowenien* und *Großbritannien* haben schulische Richtlinien für Interkulturellen Dialog erarbeitet, Litauen ein ähnliches Programm im Weißbuch für die Hochschulen von 1999. Dies soll Bildungsinstitutionen einen Anreiz geben, gezielt interkulturelle Projekte zu entwickeln, die z.B. Toleranz fördern, Interesse für andere Kulturen wecken und Kenntnisse über deren Traditionen vermitteln (z.B. wichtige Feiertage, Symbole). Der *niederländische* Plan "Culture which creates Bonds" (2007) entwirft ein weiterführendes Konzept fünf strategischer Orientierungen.

Zusätzlich zu Richtlinien werden für Lehrer und Schüler spezielle Referenzmaterialien entwickelt wie zum Beispiel die *österreichische* Datenbank "Interkulturelle Schulprojekte" oder das *dänische* Projekt "This works at our school" (2006-2007). In *Finnland* oder *Liechtenstein* entwickeln die Erziehungsministerien derzeit ein Angebot von Lehrmaterialien, Lehrerfortbildungen und Kampagnen, die ethnischer Diskriminierung begegnen sollen. Das Programm "Creative Partnerships" des *Arts Council England* stellt in Kooperation mit örtlichen Schulen und Kultureinrichtungen spezifische Unterrichtsmaterialien für Lehrer zur Verfügung, um Schüler aus sozial benachteiligten Wohngebieten mit überdurchschnittlichem Migrantenanteil gezielt zu fördern. Das europäische "eTwinning" Programm bietet einen Rahmen für Schulpartnerschaften und die Zusammenarbeit von Schülern via Internet.

Europaweit liegt ein politischer Schwerpunkt dialogorientierter Bildungspolitik auf der Bereitstellung von Materialien für den **Sprachunterricht**. Die Konzepte hierfür sind vielfältig und sollen

- *Minderheiten und Migranten/innen* helfen, die offizielle Landessprache zu lernen und anzuwenden, um ihre Integration zu erleichtern und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, oder (allerdings weniger häufig anzutreffen)
- *allen Schülern* die Möglichkeit geben, z.B. die Sprache eines Nachbarlandes oder die Muttersprache von Schülern mit Migrationshintergrund zu lernen;

In *Österreich* wurde ein kombinierter Ansatz zur Förderung von Zweisprachigkeit entwickelt, d.h. Lernen der offiziellen Sprache (ausgerichtet auf die erste Migrantengeneration) und der Herkunftssprache (ausgerichtet auf die zweite und dritte Generation von Migranten). In Ländern, die erst kürzlich ihre eigene Sprache in allen Bereichen des öffentlichen Lebens – einschließlich des Bildungssektors – wieder verbindlich machen konnten, wie z.B. einzelne *Baltische Staaten*, ist diese Art des Fremdspracherwerbs bislang jedoch eher ein nachrangiges Ziel.

In einigen ost- und mitteleuropäischen Ländern bemüht man sich derzeit darum, der Diskriminierung traditioneller Minderheiten größere Beachtung zu schenken, z.B. der Situation der Roma im allgemeinen Schulsystem, wo sie oft in Spezialklassen oder Sonderschulen getrennt unterrichtet werden. So wurden etwa in *Bulgarien* kürzlich mehrere Tausend Roma-Kinder aus Sonderschulen in gemischte Schulen überführt und in der *Tschechischen Republik* soll ein neues Projekt zur Wiedereingliederung von Roma-Schülern diejenigen aufspüren, die ohne nachvollziehbaren Grund in Spezialschulen platziert wurden.

Informelle interkulturelle Lernaktivitäten finden auch außerhalb der Schulen statt durch Medienangebote, kulturelle Präsentationen und Ausstellungen, Fortbildungs- und Beschäftigungsprogramme usw., die ein komplexes Geschichtsbild vermitteln, Angebote zum Verstehen der Gegenwart machen und facettenreiche Visionen einer gemeinsamen Zukunft anstreben wollen.

B. Inter-Kultur: Konzepte, institutionelle Strategien und künstlerische Ansätze

In der Kultur und in kulturnahen Aktionsfeldern kann IKD die unterschiedlichsten Bedeutungen annehmen bzw. viele Prozesse positiv beeinflussen: das Spektrum reicht hier von offiziellen Kulturbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg (Kulturdiplomatie) bis zu von Künstlern und Autoren selbst geknüpften Partnerschaften innerhalb Europas oder mit anderen Weltregionen. Weitere Aktivitäten zielen z.B. auf Verbindungen zu Gemeinschaften gleicher nationaler Herkunft in anderen Ländern ("Diaspora"); die Förderung kreativer Prozesse im Inland als Ergebnis von wechselseitigen Einflüssen verschiedener kultureller Perspektiven, Traditionen oder Stile; Partnerschaften zwischen Künstlergruppen oder Kulturschaffenden mit unterschiedlichen Traditionen; die Förderung von Möglichkeiten für Künstler, Produzenten und Kulturmanager, neue kulturelle Perspektiven und Farben zu entdecken und auf sie produktiv zu reagieren. Die für IKD potenziell wichtige Kulturwirtschaft, also z.B. Verlage, Filmproduktionen oder Musikwirtschaft, wird bisher kaum berücksichtigt.

Ein weit **verbreiteter kulturpolitischer Ansatz zur IKD-Förderung** im Inland besteht immer noch in der herausgehobenen Präsentation oder Finanzierung einzelner Projekte, Veranstaltungen und Medienprogramme, die sich auf "andere" Kulturen oder künstlerische Ausdrucksformen konzentrieren. So sollen Künstler Beachtung erfahren, die außerhalb der Mehrheitskultur stehen, und als bildungspolitischer Mehrwert das Publikum zugleich über fremde Kulturen informiert werden. Andererseits schlagen viele Künstler durch ihre Arbeit eigene kulturelle Wurzeln und wollen, unabhängig ihrer ethnischen Herkunft, nur für ihre künstlerischen Fähigkeiten anerkannt werden.

In einigen Ländern verfolgt man schon länger **umfassende kulturpolitische Strategien** zur Stärkung des interkulturellen Dialogs im Inland. So hat z.B. der Arts Council *England* eine breite Palette von Initiativen entwickelt mit dem Ziel, institutionelle Strukturen, Entscheidungsfindungsprozesse und Nutzergruppen zu diversifizieren. Für die Einführung vieler dieser Programme, die aktuell wieder auf dem Prüfstand stehen, bot eine Gesetzesänderung – der "Race Relations (Amendment) Act" von 2002 – die Grundlage, wonach alle öffentlichen Einrichtungen den Nachweis erbringen mussten, dass sie sich um Rassengleichheit bemühen. In den *Niederlanden* wurde 1999 eine neue Kulturpolitik beschlossen, die auf eine Öffnung von Kultureinrichtungen für Minderheiten zielte. Durch eine veränderte Förderpraxis sollte z.B. die Jugendkultur von Minderheiten gestärkt werden, indem man angehende Künstler aus bestimmten kulturellen Milieus und aus multikulturellen Initiativen bevorzugt behandelte; Fördereinrichtungen mussten einen Teil ihres Budgets für junge und Künstler aus Einwanderungsländern reservieren und die Subventionen etablierter Institutionen regelmäßig im Sinne dieser Strategie überprüfen. Das neue Strategieprogramm 2005-2008 konzentriert sich auf den Aufbau "interkultureller Verbindungen".

Manche Länder erarbeiteten **neue interkulturelle Strategien für den Kulturbereich**. Die Flämische Regierung in *Belgien* verabschiedete einen *Aktionsplan zur Interkulturalisierung (2006-2009)*, der den kulturellen Sektor einschließt. Sein Schwerpunkt liegt im Versuch einer Diversifizierung öffentlicher Infrastrukturen, einschließlich ihrer Strategien und Programme, durch positive Aktionsschritte, darunter die Einführung einer 10-Prozent-Quote und eine Budgetlinie zur Förderung interkultureller Projekte. Der *Arts Council of Ireland* arbeitet zurzeit an einer landesweiten *Intercultural Arts Strategy* mit einem Aktionsplan für eine Reihe von Maßnahmen, z.B. die Entwicklung einer interkulturellen Dimension für manche Hauptsponsoren von Kunst des Mainstream. *Lettlands State Cultural Policy Guidelines 2006 – 2015* bemühen sich um die Erfüllung von IKD-Grundsätzen, indem sie den Bedarf an Dialog, Verständnis und Vielfalt hervorheben.

In anderen Ländern wurden **Unterstützungskampagnen** ins Leben gerufen, die unterschiedliche Strategien zu verbinden suchten. So erklärte zum Beispiel das *Schwedische Kulturministerium* das Jahr 2006 zum "Jahr der kulturellen Vielfalt" und rief renommierte Einrichtungen auf, ihre Türen für "die neuen Schweden" stärker zu öffnen. Ein Evaluierungsbericht zeigt, dass durch diese öffentliche Thematisierung Entscheidungsträger, Kulturschaffende und Publikum einem offeneren, integrativen Kulturleben mehr Aufmerksamkeit widmeten und dass Kulturbehörden und -einrichtungen Anstrengungen unternahmen, ihre internen Strukturen zu verändern, z.B.

Einstellungsrichtlinien zu überarbeiten und Mitarbeiter für Aufgaben der Förderung von kultureller Vielfalt fortzubilden.

Durch die Erfahrung einzelner Mitglieder des Expertenteams, konnten zwei kulturelle Aktivitätsfelder in der Studie ausführlicher dargestellt werden:

- Überall in Europa haben **Museen** damit begonnen, Strategieansätze für IKD zu entwickeln. Das Spektrum ist dabei erneut vielfältig: Oft wird versucht, die kreativen Erträge kultureller Vielfalt zu feiern, doch will man zum Teil auch das kulturelle Selbstbewusstsein von Migrantengruppen fördern oder diese in die Mehrheitskultur integrieren. Eine verbreitete Option sind kompensatorische oder imagebildende Ausstellungen und Veranstaltungen, die auf Sammlungen zurückgreifen, die für eine Einwanderergruppe von besonderer Wichtigkeit sein könnten. Andererseits bemüht man sich um Maßnahmen zur Einrichtung gemeinsam genutzter Räume, in denen Besucher Grenzen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur überschreiten können und so neue Identitäten geschaffen, nicht nur konsumiert werden (z.B. beim Projekt "Collective Conversations" des *Manchester Museum*). Ausschreibungen rufen dazu auf, alle grundlegenden Museumsfunktionen – von der Sammlung und Bewahrung bis hin zu Ausstellungskonzepten – völlig neu zu überdenken. Hierzu zählen auch Strategien, die den Erwerb authentischer interkultureller Kompetenzen durch eine Diversifizierung der Mitarbeiter und Vorstände erreichen wollen, oder die eine gemeinsame Verantwortlichkeit für Ausstellungen und ihre Interpretation mit externen Akteuren erproben (z.B. im Projekt "Advantage Göteborg" des *Museum of World Culture, Göteborg*).
- Das Beispiel der **darstellenden Künste (Theater, Tanz, Musik)** zeigt ein kulturelles Arbeitsfeld, in dem bereits seit Jahrzehnten viel interkulturelle Arbeit geleistet worden ist, besonders in Ländern mit postkolonialer Migration und entsprechend diversifizierter Bevölkerung. Unabhängige Ensembles und Künstler – viele bis dahin durch Kritiker und Stifter ethnisch markiert und damit gegenüber der Mehrheit marginalisiert – haben sich durch eigene Initiative stärker interkulturell profiliert, indem sie auf einer "Mischung" der beteiligten Künstler, aber auch des Publikums bestanden und auf entsprechende Repertoires und Ausdrucks- oder Kooperationsformen Wert legten. Zu ihren ständig weiterentwickelten Strategien gehören Bemühungen um Vielfalt im Marketing, um die Attraktivität von Gebäuden für unterschiedliche Besuchergruppen, um eine Öffnung des Theaters hin zu den Menschen durch Gastspiele in der Provinz und in Vorstädten, um die Gewinnung junger Menschen für eine Mitarbeit bei Inszenierungen und um eine Diversifizierung künstlerischer Ensembles und Produktionsteams.

In jüngster Zeit haben sich für *freie Theatergruppen und Darsteller* neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit etablierten Einrichtungen vor Ort eröffnet. Ein Beispiel hierfür ist das "Artistnet" von INTERCULT, einer unabhängigen Stockholmer Theaterproduktion, deren Ziel es ist, die Arbeit von in Schweden lebenden Künstlern mit Migrationshintergrund professionell mit örtlichen Theatern und Medien zu verknüpfen. In Italien haben verschiedene subventionierte Tanzensembles einige ihrer Engagements (performance slots) an unabhängige Ensembles abgetreten (für die Bezuschussung durch das Kulturministerium ist ein Minimum von fünf Engagements erforderlich). In Spanien haben Festivals ihre Veranstaltungsorte für Künstler geöffnet, die keinen Zugang zu Fördertöpfen haben, und so die Arbeit von kleinen Migrantensembles öffentlich vorgestellt.

C. Integrationsförderung durch Sport

Nationale Konzepte zur Förderung des interkulturellen Dialogs im Sport versuchen meist auf gesellschaftliche Probleme oder bestimmte Zielgruppen einzugehen. Das "Weißbuch Sport" der EU (2007) stellt z.B. fest, dass die **soziale Eingliederung und Unterstützung** von benachteiligten Personen und Randgruppen, die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Versöhnung nach Kriegen meist als die größten Herausforderungen angesehen werden. Zwar trifft es zu, dass der Sport durch seine oft weniger formellen Zugangsmöglichkeiten Raum für gemeinschaftliche Aktivität schafft, also kommunikativer ist und weniger Barrieren aufweist als manche anderen gesellschaftlichen Bereiche. Dennoch kann es für die meist ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen in den Vereinen vor Ort doch eine Überforderung bedeuten, wenn sie die soziale Integration spezieller Zielgruppen wie z.B. von Einwanderern (kulturelle Differenz), Kindern

(Altersdifferenz) oder weiblichen muslimischen Heranwachsenden (Geschlechtsdifferenz) bewältigen sollen.

Entsprechende Ansätze finden sich gleichwohl in den meisten Ländern. So besagen zum Beispiel die Richtlinien des *Schwedischen* Kulturministeriums, dass dem Sport eine Schlüsselrolle für die Integration von Einwanderern in die Gesellschaft und für ein verbessertes Verständnis ausländischer Kulturen durch die Schweden zukommt. Im *Vereinigten Königreich* hat das Ministerium für Kultur, Medien und Sport das Programm "Through Sport England" zur Förderung von Initiativen zur stärkeren Beteiligung schwarzer und anderer ethnischer Minderheiten, physisch und psychisch Behinderter sowie sozioökonomisch schwächerer Gruppen als Teil einer übergreifenden Strategie zur sozialen Kohäsion aufgelegt. Die Sportpolitik des *Finnischen* Bildungs- und Kulturministeriums zielt auf die Förderung von Gleichberechtigung und Toleranz; gleichzeitig bietet sie Finanzhilfen für Projekte, die kulturelle Vielfalt durch Sport erreichen wollen. Wenige Länder haben bisher größere und längerfristige nationale Strategieprogramme und Projekte umgesetzt; unter den Ausnahmen finden sich *Deutschland* mit dem Programm "Integration durch Sport", das diese Aktivitäten als eine politische Querschnittsaufgabe ansieht, sowie die *Schweiz* mit dem Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz.

Im Rahmen des FARE-Netzwerks (Football Against Racism in Europe) haben mehrere Länder **Antirassismus-Kampagnen** gestartet, und zwar sowohl auf rein sportlicher Ebene als auch im Rahmen einer Strategie, nach der Sport zur Toleranzbildung im erweiterten gesellschaftlichen Kontext genutzt werden soll. Für das erste Konzept stehen z.B. die *belgische* Kampagne "Ne faites pas le singe – Dites non au racisme!", die 2006 gegen den Rassismus in Fußballstadien lanciert wurde, ebenso die *polnische* Kampagne "Let's kick racism out of the stadiums" der Vereinigung *Never Again*. Beispiele für Strategien, die außerhalb des Spielfeldes weitergehen, finden sich z.B. in *Norwegen* mit dem Projekt "Fargerik Fotbal" (bunter Fußball) des nationalen Fußballverbandes, in dem dieser Sport als Instrument zur Bekämpfung von Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft genutzt wird. Die europaweite Kampagne "Zeig Rassismus die Rote Karte" nutzt das Profil und die Popularität des Sports für eine Antirassismus-Erziehung. Fazit: Solche Kampagnen sind sicher zugkräftige Instrumente, sie wurden allerdings bislang noch nicht auf ihre Effektivität bzw. das Erreichen ihrer Zielsetzungen hin evaluiert, jedenfalls nicht, soweit es die angestrebte Änderung von Einstellungen und Verhaltensweisen betrifft.

D. Jugend – eine anspruchsvolle Zielgruppe

Neue Generationen von so genannten *third culture kids* (Einwanderer der zweiten und dritten Generation) haben zahlenmäßig zugenommen und sind den Berichten zufolge die am schnellsten wachsende gemischtrassige Gruppe in Europa; manche von ihnen sehen in ihrer aktuellen Heimat keine Perspektiven, wünschen sich eine "Rückkehr zu kulturellen Wurzeln". Multiple, hybride Identitäten und Verflechtungen sind die Norm und werden den Dialog- und Kommunikationsprozess in der Zukunft prägen. Dies zeigen die vielen neuen Mischformen (inter)kultureller Ausdrucksweisen, vor allem in der Musik, die ursprünglich von Jugendlichen mit Migrationshintergrund kreiert wurden, z.B. Hip Hop in Paris oder Türkischer Rap in Berlin. Auch das Internet schafft neue Dialogformen und interkulturelle Verbindungen, wovon etwa die wachsende Zahl von Jugendblogs zeugt.

Nationale Ansätze in Europa konzentrieren sich hauptsächlich auf folgende Bereiche:

- **Aktionen gegen Rassismus und Diskriminierungen.** Dieser Ansatz steht im Zentrum vieler staatlich geförderter Programme, z.B. in *Zypern*, wo die vom Jugendrat organisierten Jugendcamps einen starken Fokus auf das Rassismus-Thema legen. Die Regierung *Liechtensteins* startete kürzlich eine nationale Vorbeugungskampagne "Respekt – bitte" (2007), ausgelöst durch die Besorgnis über eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen.
- **Verstärkte Integration jugendlichen Migranten in Schulen oder informellen Angeboten der Jugendbildung.** Das *Portugiesische* Staatssekretariat für Jugend und Sport unterstützt z.B. 120 Projekte zur Förderung der sozialen Einbindung von Kindern und Jugendlichen aus sozial und ökonomisch benachteiligten Kontexten, besonders aus Einwanderer- und Minderheitengruppen. In *Mitteleuropa* versucht man, mehr Roma-Kinder in die Schulen zu bringen.

- **Unterstützung von Austauschaktivitäten und grenzüberschreitenden Projekten** als derzeit europaweit gängigste Praxis. Die Französische Gemeinschaft in *Belgien* stellte im Juli 2007 mit "Zusammen leben" ein Aktionsprogramm der Regierung vor, das Cross-border-Projekte fördert (z.B. "Faut qu'ça bouge!" oder "Axes Sud"). Das *französische* Institut National de la Jeunesse et de l'Education Populaire untersteht dem Jugend und Sportministerium und ist zuständig für die Förderung europäischer und internationaler Jugendaktivitäten. Sicher kann eine Begegnung junger Leute mit unterschiedlicher regionaler und nationaler Herkunft im Rahmen gemeinsamer Projekte die Achtsamkeit für andere Kulturen stärken und neue Sichtweisen vermitteln, die auf das eigene Lebensumfeld ausstrahlen. In vielen formalisierten Jugendprogrammen zieht man bei der Teilnehmerauswahl jedoch bis heute klassische Proporzprinzipien heran, was solchen Begegnungen zum Teil einen eher diplomatischen Anstrich geben kann.

Nur wenige europäische Länder verfolgen **in der Jugendpolitik einen integrativen Ansatz** mit deutlicher IKD-Ausrichtung. Eine Ausnahme bildet etwa *Irland*, wo das Department for Education and Science derzeit gemeinsam mit dem National Youth Council eine neue interkulturelle Strategie für die Jugendarbeit entwickelt.

Die EU-Kommission fördert KD-Aktivitäten in verschiedenen Feldern der **Europäischen Jugendpolitik**, so etwa durch Prioritätensetzung für dieses Thema bei der Beteiligung junger Leute in Strukturdebatten, in Freiwilligenprogrammen sowie beim Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Diskriminierung. Ein wichtiges Instrument für die Förderung von IKD ist das neue EU-Programm "Jugend in Aktion". Auch im Rahmen des Programms *Euromed Youth* wird interkultureller Dialog gefördert, dort allerdings oft als interreligiöser Dialog verstanden.

Zwischen der Europäischen Kommission und dem Europarat gibt es eine Partnerschaftsvereinbarung im Jugendbereich, bei der IKD im Mittelpunkt steht. In diesem Rahmen unterstützt die EU-Kommission die Kampagne "alle anders – alle gleich" (*All Different – All Equal*), ebenso auch Forschungsseminare und Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter in der Jugendarbeit und Jugendliche aus den Mitgliedstaaten der EU und des Europarats sowie aus Drittländern, vor allem im Mittelmeerraum und in den östlichen Teilen Europas.

6. VON DER THEORIE ZUR PRAXIS: KONZEPTE KLÄREN, PROJEKTE ANALYSIEREN, EXPERIMENTIEREN

Die vorliegende Studie belegt, dass Interkultureller Dialog in Europa konzeptionell auf sehr unterschiedliche Weise verstanden wird und dass es für seine Verwirklichung keinen einheitlichen Ansatz gibt. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass nationale Positionen zu kulturellen und Menschenrechten und zu kultureller Vielfalt von unterschiedlichen historischen Erfahrungen sowie rechtlichen und politischen Kontexten geprägt sind, die sich auch in IKD-Konzepten und entsprechenden politischen Strategien der EU-Mitgliedsstaaten und ihrer Nachbarn niederschlagen.

Im Rahmen verschiedener internationaler Bestandsaufnahmen sind in den letzten Jahren viele so genannte *good practice*-Projekte gesammelt worden. Damit können die Bedeutung von IKD klarer bestimmt, das bereits Erreichte verdeutlicht und neue Initiativen inspiriert werden. Allerdings kann, so lange es keine klare IKD-Definition und standardisierte Indikatoren für Evaluationen bzw. ein laufendes Monitoring gibt, die Entscheidung darüber, ob es sich bei einem Projekt tatsächlich um ein Beispiel "guter Praxis" handelt, eine hoch subjektive Angelegenheit sein.

Schon jetzt lassen sich aber anhand der im Verlauf der Studie vom Projektteam untersuchten exemplarischen Projekte einige grundlegende Beobachtungen machen:

- **Gute Projekte speisen sich vielen Quellen.** Sie können sich an der Basis aus den örtlichen Verhältnissen heraus entwickeln, oder entstehen als Reaktion auf spezifische Richtlinien und europäische, nationale oder regionale Förderprogramme. Individuelle oder von Firmen gesponserte Initiativen, die sich im sozialen Feld und speziell für IKD engagieren, sind dabei von nicht geringerem Wert als öffentlich geförderte Projekte;

- **Erfolgreiche IKD-Projekte nutzen reale oder virtuelle "gemeinsame Räume".** Institutionalisierte Räume – z.B. in öffentlichen Kultureinrichtungen – sind solche, in denen eine angemessene Beteiligung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen sowohl bei Entscheidungssträgern wie beim übrigen Personal gesucht wird und in denen die Aktivitäten von Minderheiten und Migranten/innen von einem Rand- zu einem Zentralthema gemacht werden, das auch die Bevölkerungsmehrheit betrifft. Ein wichtiger Aspekt institutioneller IKD-Aktivitäten ist ihr Potenzial für Nachhaltigkeit, also nicht, wie bei vielen Projekten: "heute da, morgen vorbei". Wichtig sind jedoch auch nicht-institutionelle Räume – Stadtquartiere, Straßen, Bahnhöfe, Parks, Marktplätze usw.; hier ist IKD keine abgehobene Aktivität, sondern wird Teil von Alltagserfahrungen, durch die Menschen leichter erkennen, wie sie selbst Veränderungen anstoßen können.
- **Kulturelle Vielfalt kann auf verschiedenen Ebenen gefördert werden – von der künstlerischen Produktion über die Vermittlung bis zur Rezeption.** Im Kulturbereich sind "Gute Praxis-Projekte" solche, die unterschiedliche Künstler einbeziehen, diverse Quellen und Traditionen zu neuen Werken synthetisieren, das Gespräch mit dem Publikum suchen oder die Wahrnehmung und Interpretation von "Anderssein" verändern. Gerade Künstler scheinen sich als Vermittler im IKD besonders zu eignen, da ihre Ambitionen und die Leidenschaft bei deren Realisierung nicht nur zu veränderten Einstellungen, sondern auch zu einer frischen, kreativen Sprache führen können, die eine Bereitschaft zur Veränderung bereits in sich trägt. Kulturgeschichtliche IKD-Projekte sind dann erfolgreich, wenn sie ein dynamisches und dialogorientiertes Geschichtsverständnis beinhalten und Individuen oder Gruppen mit Migrationshintergrund bzw. von Minderheiten in Kommunikationsprozesse einbeziehen.
- **Mehr Bemühungen um eine Verbesserung interkultureller Kompetenzen und Fähigkeiten aller Mitglieder der Gesellschaft sind erforderlich.** Projekte, die ihre Aufmerksamkeit auf die Mehrheitsgesellschaft richten, sind nicht weniger wichtig als diejenigen mit Fokus auf Minderheiten/Einwanderern. Erstere haben zum Ziel, Denkanstöße zu geben und Ansichten / Stereotypen der Mehrheit nicht nur gegenüber den "Anderen" zu verändern, sondern diese Andersartigkeit auch in sich selbst zu entdecken;
- **Internationale Kooperationsprojekte** bieten den Beteiligten die Möglichkeit, sich in Dialogprozessen zu engagieren und über ihre gemeinsame Arbeit neue Ausdrucksweisen zu entwickeln. Um grenzüberschreitende Dialogräume zu schaffen, werden auch die neuen Kommunikationstechnologien genutzt.

Am Ende vieler gelungener Projekte steht die Erkenntnis, dass **interaktive Kommunikationsprozesse, "Empowerment" für die Entwicklung von individuellem Selbstvertrauen sowie ein Gefühl der Verantwortung für die Gemeinschaft** unentbehrlich für eine langfristige Wirkung und für künftige Programm- und Strategieentwicklungen zum interkulturellen Dialog sind.

Vor dem Hintergrund solcher Beobachtungen kann folgende, im Kontext der Studie entwickelte Definition für "Interkulturellen Dialog" zur Diskussion gestellt werden:

Interkultureller Dialog ist ein ergebnisoffener, von gegenseitigem Respekt getragener Prozess des interaktiven Austausches zwischen Individuen, Gruppen und Organisationen mit unterschiedlichen kulturellen Wurzeln oder Weltanschauungen. Zu seinen Zielen gehört es, ein tieferes Verständnis unterschiedlicher Perspektiven und Verhaltensweisen zu entwickeln, die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu intensivieren, Möglichkeiten und Fähigkeiten zur eigenen Urteilsbildung zu verbessern, Chancengleichheit zu fördern und schöpferische Prozesse anzuregen.

In diesem Sinne müssen IKD-Prozesse oder Begegnungen über eine reine Toleranz des Anderen hinausgehen und können kreative Fähigkeiten einbeziehen, die Herausforderungen und Einsichten in Veränderungsprozesse und neue Ausdrucksformen überführen. Der "gemeinsam erlebte Raum" (shared space) in dem diese Prozesse stattfinden, kann sich auch außerhalb physischer Räume befinden, zum Beispiel in den Medien oder in einer virtuellen Umgebung.

7. AUF DEM WEG ZU EINER INTEGRIERTEN IKD-STRATEGIE

In den zurückliegenden Jahren haben sich unser Wissen über solche Prozesse und auch deren Verständnis ständig erweitert. Nun muss es darum gehen, die damit einhergehenden Veränderungen auch durch einen gründlichen Paradigmenwechsel in der in der Politik und in der Forschung nachzuvollziehen. Dabei könnte auf einer Zukunftsvision aufgebaut werden, in der sich Konzepte wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Teilhabe mit solchen zur kulturellen Vielfalt verbinden und gegenseitig befruchten. Diese Vision ruft nach Strategien, die über eine Förderung von *good practice* Projekten hinausreichen. Verantwortliche auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene und die zahlreichen IKD-Akteure der Zivilgesellschaft könnten gemeinsam einen vierstufigen Ansatz verfolgen:

- **Wege aufzeigen** (Mapping roads): Ausgrenzungen oder diskriminierende Praktiken müssen erkannt und sozioökonomische Grundlagen von IKD-Prozessen geplant werden;
- **Mauern einreißen** (Breaking down walls): Hindernisse für eine gleichberechtigte Teilhabe müssen abgebaut werden, ebenso Vorurteile, Rassismus und Stereotypen. Benötigt werden Anreize oder Regelungen zur Verstärkung der öffentlichen Präsenz von Menschen, Werken und Ideen jenseits des *Mainstream* in Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur, deren Einflussmöglichkeiten dadurch, über bislang dominierende Gruppen hinaus, erweitert werden können;
- **Brücken bauen** (Building bridges): Interkulturelle Techniken und Qualifikationen sollten z.B. durch Programme und Aktivitäten in der Bildung, den Künsten und den Medien weiterentwickelt werden. Damit können Werkzeuge geschaffen werden, die den Einzelnen befähigen, sich mit der ganzen Person erfolgreich in IKD-Prozesse einzubringen; und
- **Räume gemeinsam erfahren** (Sharing spaces): Wichtig sind gemeinsam genutzte Räume oder "Plattformen", in denen man sich über Ideen, Erfahrungen und Glaubensüberzeugungen respektvoll austauschen und interaktive Kommunikation sich frei entfalten kann. Bei Konflikten könnten sich die Beteiligten z.B. darauf verständigen, die jeweils andere Meinung zu respektieren. Dies könnte zu einem tieferen Verständnis unterschiedlicher Ansichten und Verhaltensweisen führen, ebenso zu neuen kreativen Prozessen und Ausdrucksformen.

An welchem Punkt dieser Strategie stehen wir heute in Europa? Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es viele politische Bemühungen und Maßnahmen gibt, die *Wege aufzeigen* oder *Brücken bauen* möchten, während mehr Anstrengungen für das *Einreißen von Mauern* und für *gemeinsam genutzte (Erfahrungs-)Räume* nötig sind.

8. ZENTRALE EMPFEHLUNGEN: VIELFALT IN UND ZWISCHEN DEN KULTUREN GEMEINSAM ERLEBEN

Die Studie hat eine Reihe von Handlungsmöglichkeiten herausgearbeitet, darunter vor allem:

- A. Interkultureller Dialog beruht auf der umfassenden Übertragung international/europaweit kodifizierter Menschen- und Bürgerrechte, wirtschaftlicher Freiheiten sowie sozialer und kultureller Rechte in nationale gesetzliche und politische Rahmenbedingungen:** Nachdem interkultureller Dialog als solcher keine rechtliche Kategorie darstellt, sind die Grundrechte und die ständige Beobachtung ihrer konkreten Verwirklichung besonders wichtig. Einzelne Artikel der EU-Grundrechtscharta (2000) haben in der Praxis ein spezielles Gewicht für den Interkulturellen Dialog, weil sie Gleichheit, Diskriminierungsverbot, kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt, Meinungs- und Bewegungsfreiheit sowie staatsbürgerliche Rechte auf wirtschaftliche und politische Teilhabe europaweit garantieren. Dadurch wird zugleich unterstrichen, dass die universellen Menschenrechte (als individuelle Rechte) nicht unvereinbar mit kulturellen Rechten sind, in denen spezifische und/oder multiple kulturelle Identitäten anerkannt werden; diese Thematik kann durch Interkulturellen Dialog weiter vertieft werden.
- B. Interkultureller Dialog sollte im Zentrum von Integrations- und Einbürgerungsstrategien stehen:** Er bedingt einerseits die Anerkennung gleicher Rechte, Verantwortlichkeiten und Entfaltungsmöglichkeiten für jeden Einzelnen, und fordert andererseits Respekt für Vielfalt und Interkulturalität, wie sich dies auch im Konzept 'Einheit in Vielfalt' für europäische Staatsbürgerschaft niederschlägt. In diesem Zusammenhang sollten unterschiedliche, zum

Beispiel auf kulturellen oder religiösen Traditionen basierende Wertvorstellungen, Weltanschauungen oder Lebensstile Anlass für Dialoge und nicht Vorwand für Ausgrenzung oder Assimilierung sein.

- C. *Interkultureller Dialog ist als Querschnittsaufgabe zu sehen und als Teil eines komplexen Steuerungssystems, das auf den Prinzipien Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe beruht:*** Damit sind strategische Bemühungen gefordert, unterschiedliche Politikfelder zusammenzubringen: Menschenrechte und Staatsbürgerschaft, Integration von Minderheiten, Einwanderung, Beschäftigung, Gesundheit, Sicherheit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie Sektoren wie Kultur, (Aus)Bildung, Sport, und Jugend. Dies erfordert eine verstärkte Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen europäischen, nationalen, regionalen und kommunalen Stellen. Ebenso wichtig ist in den einzelnen Sektoren auch die Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, zumal diese schon lange treibende Kräfte für den Interkulturellen Dialog waren, bevor dieser politische Priorität bekam. Derzeit spielen NRO überall dort eine Schlüsselrolle, wo verbindliche Strukturen, politische Bemühungen oder Programme zum Interkulturellen Dialog noch weniger entwickelt sind. Dies erfordert eine Unterstützung ihrer Aktivitäten und/oder grundlegender Infrastrukturen, und zwar vor allem im Mittelmeerraum und im östlichen Europa.
- D. *Die Entwicklung von Strategien, die Interkulturellen Dialog als Kommunikationsprozesse innerhalb und zwischen Kulturen fördern, muss vorangetrieben werden:*** Wie bereits dargestellt, gehört es zu den Zielen solcher Prozesse, ein tieferes Verständnis unterschiedlicher Perspektiven und Verhaltensweisen zu entwickeln, zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben aufzufordern, Möglichkeiten und Fähigkeiten zur eigenen Urteilsbildung zu verbessern, Chancengleichheit zu fördern und schöpferische Prozesse anzuregen. Solche Strategien sollten zunächst IKD Barrieren in den beteiligten Ländern ansprechen, darunter vor allem die Diskriminierung "sichtbarer Minderheiten" oder spezieller Bevölkerungsgruppen (z.B. Roma oder Moslems). Vor diesem Hintergrund und im Verbund mit anderen Programmen ist dann auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, der innereuropäische Dialog sowie der mit den Nachbarländern und anderen Weltregionen zu fördern.
- E. *Interkultureller Dialog erfordert eine Öffnung institutioneller Strukturen:*** Das gilt zunächst für alle Einrichtungen, ist also nicht auf spezielle Aufgaben oder Sparten beschränkt. Im Bildungswesen geht es insbesondere darum, beim Lehrpersonal auf mehr Vielfalt zu achten, die Inhalte von Lehrmitteln wie z.B. Schulbüchern zu überprüfen, einen multiperspektivischen Unterricht und die Mehrsprachigkeit zu fördern sowie Schulen zu vermeiden, in die überwiegend Kinder mit einem ganz bestimmten sozialen oder kulturellen Hintergrund geschickt werden. Interkulturelle Annäherungen in Kultureinrichtungen erfordern ebenfalls Mut zu mehr Vielfalt z.B. beim Personal, in Aufsichtsgremien sowie bei Programminhalten; dabei ist die Zusammenarbeit mit Künstlern wichtig, die über unterschiedliche kulturelle Erfahrungen oder künstlerische Visionen verfügen. Gerade Kultureinrichtungen können Treffpunkte werden, die Dialog und interkulturelles Miteinander fördern und das Publikum so in die Programmentwicklung einbinden, dass es sich vom Verbraucher zum Schöpfer von Identität verwandeln kann.
- F. *Die aktive Beteiligung der Medien und der Kulturwirtschaft im Interkulturellen Dialog ist zu fördern:*** Die Förderung kultureller Vielfalt könnte hier auf drei verschiedenen Ebenen strategisch entwickelt werden: bei der Mitarbeiterrekrutierung und der Zusammensetzung von Aufsichtsgremien; durch regelmäßige *audits*, auch zur Umsetzung von Verhaltensrichtlinien; durch eine Programmproduktion, die interkulturelle und -religiöse Probleme aufgreift, wie in europäischen Richtlinien gefordert. Dabei sind die Nutzer zugleich eine wichtige Quelle für die Entwicklung solcher Programme. Vertreter von Kultur- und Medienbetrieben sowie politisch Verantwortliche werden zur Zusammenarbeit ermutigt, damit die Ziele der *UNESCO-Konvention zur Vielfalt kultureller Ausdrucksformen* in einer kreativen Weise realisiert werden können.
- G. *Die Entwicklung interkultureller Kompetenzen und und Techniken sollte ein integrierter Teil übergreifender politischer Konzepte und nationaler Strategien lebenslangen Lernens werden:*** Eine solche Strategie sollte die Produktion spezieller Lehrmittel einschließen, darunter z.B. Hand- und Wörterbücher, mit deren Hilfe Betreuer und das Lehrpersonal

angefangen vom Kindergarten über die Grundschule bis zu weiterführenden Bildungseinrichtungen unterstützt werden können. Auf der Ebene der Hochschulen sind zudem interkulturelle Module für verschiedene Berufsfelder wichtig – wie z.B. Journalismus oder Museumsmanagement – ebenso Programme für die Weiterbildung von Lehrkräften in interkultureller Kompetenz und Mediation.

- H. In der EU-Nachbarschaftspolitik muss Interkultureller Dialog verstärkt werden:** Dies sollte in einer evidenzbasierten Weise erfolgen, d.h. zunächst wären die Erfolge / Misserfolge gegenwärtiger und früherer Programme zu evaluieren, und zwar gemeinsam mit Fachleuten aus den EU-Nachbarregionen. Generell sind zusätzliche Anstrengungen für die Klärung der potenziellen Rolle von IKD in entwicklungspolitischen Strategien erforderlich.
- I. Die Zusammenarbeit der EU mit europäischen und internationalen Organisationen sollte weitergeführt und vertieft werden:** Dies könnte zum Beispiel durch eine neue Rahmenvereinbarung mit dem Europarat geschehen, durch die Interkultureller Dialog und auf Vielfalt gerichtete politische Kooperationen gefördert werden. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen könnten etwa bestimmte Gedenktage oder ähnliche Anlässe wahrgenommen werden, um Fragen zur kulturellen Vielfalt in der Öffentlichkeit anzusprechen, Rassismus zu bekämpfen und interkulturelles Verständnis zu vertiefen.
- J. Interkultureller Dialog braucht eine Definition und klare Konzepte:** Sie werden gebraucht für die Entwicklung von Strategien, politischen Programmen und Förderangeboten auf europäischer, nationaler, regionaler und örtlicher Ebene. Zugleich sind damit auch potenzielle Missdeutungen der Ziele des Dialogs zu vermeiden und eine Erfolgsbewertung zu erleichtern.
- K. Evaluierungsmethoden für Programme und Projekte mit IKD-Bezug sind einzuführen bzw. zu harmonisieren:** Dabei geht es sowohl um Qualitätskriterien wie um konkrete Hinweise zur Bewertung der Wirkung solcher Aktivitäten, wobei es gilt, die Dynamik im Zentrum von IKD-Prozessen zu berücksichtigen. Unter den Kriterien für eine Evaluierung interkultureller Projekte sind z.B. Innovation, institutioneller Wandel, Einstellungsveränderungen sowie Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.
- L. Die Verbesserung von Forschungsmethoden für interkulturelle Vergleiche tut not:** Wichtig ist vor allem eine bessere Vergleichbarkeit von Forschungsarbeiten zu IKD oder verwandten Themen sowie entsprechender Statistiken. Diese Ziele könnten durch ein Förderprogramm für grundlegende transnationale Untersuchungen (z.B. zum Einfluss unterschiedlicher politischer Strategien und Programme für IKD) sowie eine neue Eurostat Arbeitsgruppe gefördert werden, zu der auch unabhängige Wissenschaftler und Fachleute von Minderheiten oder mit Migrationshintergrund eingeladen werden.